

Ein schwieriger Begriff

Nachdenken über die Verwendung des Wortes Krieg

Thomas Maissen*



Nach dem Anschlag vom 14. Juli in Nizza wurde vom Staatspräsidenten über Philosophen bis zu Stammtischstrategen wiederholt, was bereits nach dem 13. November 2015 verkündet worden war: Frankreich befinde sich „im Krieg“ und werde die Terroristen erbarmungslos zerstören und ausrotten.

Une expression ambiguë

« *C'est la guerre* », promettent les hommes politiques de toutes tendances pour répondre au défi lancé par les terroristes. Thomas Maissen, de nationalité suisse, directeur de l'Institut historique allemand de Paris, analyse ce mot guerre, qui semble davantage traduire l'impuissance de l'Etat face à la violence aveugle que proposer une solution efficace et définitive au danger. Le fait est que les propos guerriers prononcés au lendemain des attentats du 13 novembre 2015 à Paris et à Saint-Denis ont été répétés avec fermeté après l'attaque sur la Promenade des Anglais le 14 juillet 2016 à Nice. Certains, comme l'ancien président Nicolas Sarkozy, vont même plus loin, lorsqu'ils martèlent que cette guerre sera « totale ». Une expression pour le moins ambiguë historiquement.

Réd.

Vielleicht muss man die Worte des geltungsbedürftigen Ex-Präsidenten Nicolas Sarkozy nicht auf die Goldwaage legen, der bereits nach den Anschlägen im November 2015 sogar vom „totalen Krieg“ gesprochen hatte, und dies nach dem Anschlag in Nizza am 14. Juli wiederholt hat. Ob ihm bewußt ist, wer die Theoretiker und Praktiker des totalen Kriegs waren? Hier der rechtsextreme General Erich Ludendorff, der 1935 in seinem

gleichnamigen Buch die Unterordnung der Politik unter die Armee propagierte, dort Joseph Goebbels, der am 18. Februar 1943 im Berliner Sportpalast das brüllende Publikum fragte: „Wollt ihr den totalen Krieg? Wollt ihr ihn, wenn nötig, totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt erst vorstellen können?“

Ein totaler Krieg kennt keine Grenzen mehr; auch nicht diejenigen, die nach dem Kriegsvölkerrecht (*Ius in bello*) die Nichtkombattanten schützen sollen. Wir können hoffen, dass die französische Republik ihre humanitären Verpflichtungen in künftigen Konflikten nicht über Bord werfen wird. Aber Guantanamo und Abu Ghuraib erinnern daran, wozu Gründernationen der modernen Demokratie fähig sind, wenn sie sich in Notwehr zum Krieg legitimiert glauben. Es sind gerade moderne, westliche Demokratien, die sehr sensibel auf Attentate reagieren: In Kleinfamilien wiegen Todesfälle besonders schwer, die Kosten für die hochversicherten Opfer sind hoch, sie und ihre Hinterbliebenen sind Wähler, die von ihren Regierungen Sicherheit einfordern.

Haben aber die USA 1995 nach dem Attentat von Oklahoma (168 Tote) dem amerikanischen Rechtsextremismus den Krieg angesagt? Oder die Niederlande 2014 dem ukrainischen Separatismus nach dem Abschuss eines Flugzeugs (298 zumeist niederländische Opfer)? Selbst Indien verzichtete 2008 nach den Attentaten von Mumbai (166 Tote) auf Angriffe gegen Terroristenlager in

* Prof. Thomas Maissen ist Geschichtspräsident und Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Paris. Eine gekürzte Fassung seines Kommentars ist in der *Neuen Zürcher Zeitung* nach den Anschlägen im November 2015 erschienen. Diese Analyse bleibt auch nach dem Anschlag vom 14. Juli 2016 in Nizza sehr aktuell.

Pakistan. Die RAF wurde besiegt, ohne dass die Bundesrepublik ihre Partner in Palästina oder in der DDR attackierte. Man kann Terroristen auch ohne Krieg beikommen. Sie bilden keine Armeen, sondern sind Einzeltäter, selbst wenn mehrere von ihnen koordiniert zuschlagen.

Was tun Regierungen, wenn sie von Krieg reden, obwohl es auch zum Beispiel „Antiterrorereinsätze“ sein könnten? Die Verantwortlichen wollen prompte und unbedingte Handlungsbereitschaft beweisen. Was eine interne Gefahr ist, wird externalisiert: Krieg führt man gegen äußere Feinde, und die inneren Feinde werden zu deren Handlangern. Die Attentäter des 13. November 2015 waren Franzosen und Belgier. Man kann aber nicht Saint-Denis und Molenbeek bombardieren, wohl aber Ziele in Syrien und Irak, wo man über das Verhältnis von Opfern unter Zivilbevölkerung und Kämpfern des IS keine Rechenschaft ablegen muss. Ein Krieg, selbst wenn er kein totaler ist, unterscheidet sich von einem Polizeieinsatz oder einer Militäroperation dadurch, dass Opfer unter der Zivilbevölkerung in Kauf genommen werden: Der Euphemismus „Kollateralschaden“ rechtfertigt sich durch das Ziel, den Feind zu besiegen oder eben auszumerzen.

Dasselbe liegt nahe, wenn vom „Krieg gegen den Terrorismus“ die Rede ist statt von der Verfolgung bestimmter Terroristen. Der Kampf für und gegen abstrakte Prinzipien – Faschismus, Kommunismus, Imperialismus – hat im ideologischen Zeitalter so viel Unrecht produziert und legitimiert, dass wir heute stutzen sollten, sobald ein „-ismus“ auftaucht. Staatsanwälte und Polizisten benennen ihre Feinde einzeln, wie das sich für den Rechtsstaat gehört. Im Krieg ist das weder möglich noch nötig: Not kennt kein Gebot.

Terroristen können verhaftet oder erschossen werden, und im allgemeinen sind die Sicherheitskräfte darin erstaunlich erfolgreich – allerdings oft leider erst nach der Tat, wie bei anderen Verbrechen auch. Illusorisch wäre allerdings die Hoffnung, dass ein Krieg den Terrorismus als solchen besiegen würde. Er gehört zur Moderne, wie seine Voraussetzungen: Öffentlichkeit und Massenmedien, soziale Ungleichheit und Individualismus, Nationalismus und Glaube an die menschliche Gestaltbarkeit von Staat und Gesellschaft.

Das bedeutet nicht, dass man Terrorismus fatalistisch hinnehmen muss. Terroristen gehören mit allen Mitteln bekämpft, die dem Rechtsstaat zur Verfügung stehen.

Aber Augenmaß bleibt gefordert: In Westeuropa leben wir in den sichersten Gesellschaften der Weltgeschichte. Auf Hunderttausend Franzosen stirbt jährlich einer an einem Gewaltverbrechen. Wenn es in den USA viermal mehr sind und in Südafrika dreißigmal mehr, so hat das nichts mit Terrorismus zu tun. Vor allem aber ist die sogenannte *homicide rates* historisch betrachtet enorm zurückgegangen: In England lag sie im 15. Jahrhundert bei jährlich über 70 Ermordeten pro Hunderttausend Einwohner, um 1850 noch immer bei 15, jetzt ebenfalls bei 1. Statistiken trösten keine Hinterbliebenen. Aber sie zeigen, dass wir die Gewalttätigkeit, wie sie vor allem für junge Männer bezeichnend ist, relativ gut im Griff haben; dank Polizei und Gerichten, nicht dank Armeen. Hundertdreißig Ermordete rechtfertigen noch keinen Krieg.

Nicht zuletzt sollten demokratisch gewählte Politiker bedenken, dass unsere heutigen risikoscheuen Gesellschaften nicht nur auf Attentate sehr sensibel reagieren, sondern aus dem gleichen Grund erst recht auf Kriege: Militärische Opfer und ihre Angehörigen sind ebenfalls Wähler. Deshalb wollen wir auch keinen richtigen Krieg führen. Westliche Soldaten sollen nicht sterben, also nicht am Boden kämpfen; das mögen allenfalls Kurden, Schiiten und Alawiten tun. Wir wollen unheroisch und mit geringem Risiko, mit Drohnen und Bomben, die Hintermänner der Terroristen jagen, und das Wort „Krieg“ legitimiert dieses Vorgehen. Im Vergleich zu Euphemismen wie „bewaffneter Konflikt“ ist „Krieg“ insofern ehrlich und realistisch, als Frankreich wie die USA schon seit 2014 IS-Ziele im Irak und seit November 2015 auch in Syrien bombardiert. Der IS und seine Anhänger nehmen das als Krieg wahr und haben ihre Attentate auch so legitimiert. Wollen wir ihnen darin Recht geben, indem wir ebenfalls von Krieg reden, weil wir uns sehr verletztlich fühlen gegen Terroristen, die aus unserer okzidentalen Mitte heraus Unschuldige massakrieren? Und sie dann womöglich als Kriegsgefangene behandeln müssen statt als mörderische Verbrecher?